

Energie

Rat ö 05.04.2011

Masterplan 100 % Klimaschutz (Oberbürgermeister, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion, UWG-Fraktion) (TOP 5 c)

Beratungsverlauf:

Herr Bajus begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er erinnert an den Klimawandel und Probleme des letzten Sommers in Osnabrück wie z. B. hohe Ozonwerte und das Rekordhochwasser. Er legt dar, dass der Klimawandel auch als lokale Herausforderung zu sehen sei. Hierfür sei ein Umbau der Industriegesellschaft erforderlich. Er verweist auf die Größe des industriellen Energieverbrauchs, dessen Eindämmung ein integriertes Vorgehen gemeinsam mit dem Landkreis erfordere. Er skizziert den enormen Innovationsschub, der für die Region durch den Umstieg auf die Versorgung aus erneuerbaren Energien erwachsen könnte. Er hebt die Erforderlichkeit eines Klimamanagementsystems hervor und fordert für diesen Bereich nachdrücklich eine Verstärkung des derzeitigen personellen Engagements.

Herr Dr. E. h. Brickwedde führt namens der CDU-Fraktion aus, dass sich die Stadt Osnabrück durch den heutigen Beschluss sehr ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz stecke, die weit über die bisherigen hinausgehen. Er erinnert daran, dass der Rat die Errichtung des Neubaus der Herman-Nohl-Schule in Passivhausbauweise durchgesetzt habe und sieht diese fraktionsübergreifende Entscheidung als beispielgebend für die Region. Er hebt die Bedeutung des Re-powering am Piesberg sowie die energetische Sanierung eigener Immobilien als weitere Maßnahmen hervor und macht deutlich, dass die Gewinnung regenerativer Energien in Osnabrück nicht in dem Umfang wie in Flächengemeinden möglich sein werde. Dementsprechend seien die Anstrengungen zur Energieeinsparung, energetischen Sanierung und Effizienzsteigerung zu intensivieren. Hierbei komme der Stadt Osnabrück eine Vorbildfunktion zu, wobei die Bürger einbezogen werden sollten.

Er erinnert daran, dass die Osnabrücker Schulen fast annähernd zwei Drittel des städtischen Wärmeverbrauches beanspruchen. Abschließend bringt er seine Befriedigung über die gemeinsame Antragstellung zum Ausdruck.

Herr Henning legt namens der SPD-Fraktion dar, dass der Masterplan 100 % Klimaschutz eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes auf 95 % des Wertes von 1990 bis 2050 auf dem Gebiet der Stadt Osnabrück zum Inhalt habe. Er verweist auf die wirtschaftsfördernden Auswirkungen durch den verstärkten Bau von Solaranlagen und Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, die letzten Endes zu Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer führen werden. Da im Stadtgebiet keine Flächen für Windkraftanlagen zur Verfügung stehen, ist die Erreichung des Zieles schwierig. Dennoch halte die SPD-Fraktion eine Zäsur bei der Energiepolitik für erforderlich, die komplett neue Energiekonzepte wie auch eine völlige Neuausrichtung der Verkehrspolitik erfordern. Hierfür sei eine Verstärkung der Förderung des ÖPNV wie auch Änderungen in der Bauleitplanung nötig. Zur Wahrnehmung der Aufgabenstellungen zu einer Verbesserung des Klimaschutzes seien innerhalb der Verwaltung mindestens zwei zusätzliche Stellen erforderlich. Innerhalb der Fraktionen von CDU und FDP sieht er in Fragen des Klimaschutzes ein Umdenken.

Herr Dr. Thiele schildert namens der FDP-Fraktion, dass diese finanzielle Probleme sehe, sofern eine Beteiligung der Stadt Osnabrück an dem Förderprogramm Masterplan 100 % Klimaschutz nicht zu erreichen sein werde. Er verweist auf die Problematik der Folgekosten. Danach fordert er ein vorwärtsgerichtetes Denken und Handeln. Er fordert die Unterstützung vom Land, Bund und Europa für die Einleitung der Energiewende in den Kommunen. Er hebt die Anstrengungen zur Nutzung der Abwärme durch die Firma KME positiv hervor und for-

dert dazu auf, weiterhin über Möglichkeiten der kleinteiligen Energieversorgung vor Ort nachzudenken.

Herr Mierke begrüßt ebenfalls ausdrücklich das gemeinsame Zustandekommen des Antrages. Die derzeitigen Kosten bezeichnet er als vertretbar. Er fordert einen effektiveren und ressourcensparenderen Umgang mit Energie und fordert, die Stadtwerke in die entsprechenden Bemühungen einzubeziehen.

Beschluss:

Der Rat spricht sich unter Bezugnahme auf das bestehende CO₂-Reduzierungskonzept, das Wuppertal-Gutachten sowie weitere bereits vorgenommene Maßnahmen und Projekte zum kommunalen Klimaschutz für eine Beteiligung der Stadt Osnabrück an dem BMU-Förderprogramm „Masterplan 100 % Klimaschutz“ aus und fordert die Verwaltung auf, die notwendigen Schritte zur Beteiligung an dem Bewerbungsverfahren einzuleiten und umzusetzen. Bei der Entwicklung der Projektskizze und des Masterplanes ist eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Landkreis Osnabrück zu berücksichtigen.

Im Falle der Forderung „Masterplans 100 % Klimaschutz“ ist die Einführung eines institutionalisierten Monitoring- und Managementprozesses darauf angelehnt (z. B. einen Emas, ISO 14001 etc.), die Teilnahme an der Begleitforschung zum Förderschwerpunkt sowie der Aufbau von Städtepartnerschaften zum Klimaschutz im Rahmen des entstehenden Netzwerkes der geförderten Städte und Kreise beabsichtigt.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird einstimmig **angenommen**.